

# Südwestblick

**Demokratisch - Kritisch - Parteilich - Links**

## **Zum Wahlantritt der Partei DIE LINKE in Steglitz-Zehlendorf**

*von Eberhard Speckmann / Hasko Hüning*

DIE LINKE ist eine junge Partei. Sie kämpft um die Akzeptanz ihrer strategischen Konzeption eines grundlegenden Politikwechsels. Zu den Rahmenbedingungen eines Politikwechsels gehört, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise noch keineswegs überwunden ist und dass sich offenbar die etablierten Parteien auf ein „Weiter so“ einrichten. Die Umwälzungen in Nordafrika und Nahost sowie die erneute Zuspitzung der anhaltenden Krise der EU belegen, dass wir die große Krise noch nicht hinter uns gelassen haben und dass damit das Thema eines radikalen Politikwechsels noch nicht vom Tisch ist. So führt die japanische Erdbeben- und Atomkatastrophe drastisch vor Augen, dass eine zukunftsfähige Energieversorgung ohne Atomenergie und ein rationeller, d.h. nicht zerstörerischer Umgang mit den natürlichen Ressourcen nur mit gesellschaftlicher Kontrolle und Steuerung zu haben ist.

Wir wissen aus vielen Umfragen, dass ein wachsender Teil der (Wahl-) BürgerInnen sich vom politischen System und seinen Parteien nicht allzu viel erwartet. Das bedeutet allerdings nicht einfach nur steigende politische Passivität. Denn es herrscht eine durchaus widersprüchliche Interessenlage: Einerseits wird mehr soziale und politische Intervention gefordert, andererseits werden die politischen Akteure für in Teilen unfähig bis korrupt erklärt. So verfestigen sich Ohnmachtserfahrungen: Trotz Systemkritik, Wut und Protest ist für viele nicht erkennbar, wie, womit und mit wem die Verhältnisse geändert werden können. Daher engagiert sich ein wachsender Teil der BürgerInnen in zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen (Mieterverein, Recht auf Stadt, Sozialverbände, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften etc.) gegen die herrschende Politik.

Zwar haben sich rechtspopulistische Positionen bei uns noch nicht in der Qualität institutionalisiert wie in anderen europäischen Ländern (z.B. Österreich, Niederlande, Schweden, Italien, Ungarn und jüngst in Finnland), doch auch in Steglitz-Zehlendorf gibt es für solche Entwicklungen konkrete Hinweise. Gerade auch vor diesem Hintergrund wird DIE LINKE ihre Präsenz und ihre Beteiligung in außerparlamentarischen Protestaktionen und -bewegungen verstärken. Dies verstehen wir als große aufklärerische Herausforderung. Die in unserem Wahlprogramm sowohl auf bezirklicher wie auch auf Landesebene geforderten Maßnahmen sind in die Perspektive eines sozialen und solidarischen Berlin eingebunden.

*Ausgabe 1 / 2011*

### **Kernschmelze auch in Berlin?**

**Ein Artikel zum Forschungsreaktor BER II am Wannsee—aus aktuellem Anlass**

*Von Dietrich Antelmann*

### **Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes**

*Ein Kommentar von Franziska Brychcy*

**Wehret den Anfängen! NEIN zu „Pro Deutschland“, „Die Freiheit“ und NPD!**

*Von Pia Imhof-Speckmann*

**DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf hat ihre KandidatInnen für die BVV und die DirektkandidatInnen für die Wahlkreise gewählt!**

V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

## **Kernschmelze auch in Berlin?**

*von Dietrich Antelmann*

Gefährliche Einrichtungen legt man an den Rand. Im Berlin der Fünfzigerjahre war das die Zonengrenze. Zwischen der Müllkippe an der Grenze zu Potsdam und dem Wohngebiet in Wannsee wurde am 25. Mai 1957 der Grundstein gelegt für ein Atomforschungszentrum, einem von damals fünf nuklearen Großforschungszentren der Bundesrepublik. Bereits am 24. Juli 1958 erreichte der BER I genannte Berliner Experimentierreaktor seine erste Kritikalität. Ein Alarmplan existierte zu diesem Zeitpunkt nicht. Das Reaktorgebäude war noch nicht fertig gestellt. Es musste schnell gehen. Die erst 1955 souverän gewordene Bundesrepublik wollte eigene Atomwaffen entwickeln. Speziell dafür war das Bundesministerium für Atomfragen geschaffen worden. Sein Minister Franz Josef Strauß war zugleich stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.

Am 14. März 1959 wurde das Atomforschungsinstitut feierlich als

Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung (HMI) eingeweiht. Dabei handelte es sich um einen Reaktor mit einer Leistung von 50 Kilowatt, bei dem der Kernbrennstoff, ein Uransalz, in Wasser gelöst war. Beim Betrieb wird ein Teil des Wassers durch die Radioaktivität in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt (Knallgas). Mit Hilfe eines Katalysators wird diese Reaktion bei niedriger Temperatur und explosionsfrei rückgängig gemacht, so dass wieder ungefährliches Wasser entsteht. Im Mai 1971 kam es zu einem brisanten Druckanstieg, weil der Katalysator nicht mehr funktionierte. Das konnte auf Dauer nicht behoben werden. Nach der Stilllegung des BER I im Sommer 1972 mussten 1,4 kg Uran 235 und 50 g Spaltprodukte entsorgt werden. Die verstrahlten festen Teile des Reaktors wurden im Boden eingegossen, wo sie heute noch ruhen.



Schon am 19. Dezember 1973 wurde der BER II, ein nach oben offener sogenannter Schwimmbadreaktor, mit der wesentlich höheren Leistung von 5 Megawatt installiert.

Der Bundesbericht Forschung I, Bonn 1965, nennt nicht nur die Forschungsschwerpunkte des Instituts, sondern auch die treibende Kraft dahinter: „Aus allgemeinem militärischen Interesse an einer Steigerung des wissenschaftlichen Niveaus - von allen Anwendungen überdeckenden Grundlagengebieten her - stellen sich Aufgaben der Forschungsförderung, etwa bei Luft- und Raumfahrt, Festkörperphysik in Verbindung mit Werkstoffen und Halbleitern, Informationstheorie und Rechentechnik, Lasertechnik, Geophysik und Physik der oberen Atmosphäre“...

Die gesamte Palette der angeblich so friedlichen Forschung lässt sich militärisch einsetzen. Das gilt auch heute.

Pannen wurden bekannt: mal eine Spaltstoffkonzentration außerhalb der Brennelemente, mal eine erhebliche Dosisüberschreitung und über lange Zeit auftretende Schwierigkeiten mit dem Wärmetauscher. Dessen ungeachtet sollte die Leistung des Reaktors auf 10 Megawatt verdoppelt werden. Ins Auge gefasst wurde eine weitere Vergrößerung. Nun gab es Demonstrationen in Wannsee und in der Innenstadt, Zaunspaziergänge am Sonntag und sogar eine Blockade des HMI. Die Bürgerinitiative Wannsee, die Friedensinitiative Zehlendorf und Bürgerinnen und Bürger aus allen Bezirken unterstützten diesen Widerstand und sie unterstützten mich bei dem Prozess gegen die Vergrößerung des Reaktors vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin. Der Prozess zog sich von 1985 bis 1997 hin. Nach der Wiedervereinigung vertrat Carsten Linke die Bevölkerung von Potsdam vor dem Oberverwaltungsgericht.

Ein Forschungsreaktor ist kleiner als ein Leistungsreaktor zur Energiegewinnung. Harmlos ist er nicht. Denn hier wird entwickelt und getestet. Das führt zu Störfällen und zu teilweise höheren Emissionen als

bei großen Atomkraftwerken. Schwerpunkte meiner Klage waren die Gefahr einer Wasserstoffexplosion mit anschließender Kernschmelze (man bedenke, dass sich das Uran in Aluminiumstäben befindet und Aluminium schon bei 660 Grad schmilzt und brennbar ist) in Folge eines Flugzeugabsturzes, eines Terrorangriffs oder einer Sabotage. Daneben habe ich auf die Möglichkeit von technischem und menschlichem Versagen und auf die schon im Normalbetrieb gesundheitsschädlichen radioaktiven Emissionen hingewiesen. Dieser Reaktor steht - ohne Betonummantelung - in einer vier Jahrzehnte alten Werkhalle und beherbergt eine sogenannte Kalte Neutronenquelle. Die Quelle befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Reaktorkern und enthält 11 Kilogramm Wasserstoff. Kommt Wasserstoff mit Sauerstoff in Berührung, etwa durch einen Rohrbruch, so entsteht, wie schon erwähnt, ein hochexplosives Knallgasgemisch.

Wenn auch in Folge des Prozesses manche Sicherheitsmängel behoben worden sind, so blieben doch diese Gefahrenpotentiale bestehen und der Reaktor wurde aufgerüstet. Immerhin ist die Planung eines noch größeren Reaktors vom Tisch. Heute erinnert auch der Name nicht mehr an den laufenden Betrieb eines Atomreaktors. Die unverfängliche Bezeichnung lautet: Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie.

Die Möglichkeit, den für die Erzeugung von Neutronen benötigten Atomreaktor durch eine ungefährlichere Spallationsquelle zu ersetzen, bei der Neutronen mittels eines Teilchenbeschleunigers gewonnen werden, ist selbst nach der Katastrophe von Tschernobyl verworfen worden. Es ist billiger, die atomaren Gefahren herunterzurechnen, als das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Fukushima hat bewiesen, dass Atomreaktoren selbst in hoch technisierten Ländern außer Kontrolle geraten können. Das trifft auch auf den BER II zu. Ohne schützendes Containment und mit dem Wasserstoffbehälter in der Nähe des Kerns liegt eine Kernschmelze durchaus im Bereich des Möglichen. Zudem ist dieser „Leuchtturm“ der Wissenschaft von allen Forschungsreaktoren - einschließlich der zwölf schon stillgelegten - mit bisher 66 meldepflichtigen Ereignissen, davon zehn meldepflichtigen Störfällen, Spitzenreiter. Die Leistung des BER II mit 10 Megawatt beträgt ein einhundertachtunddreißigstel der thermischen Leistung des Blocks 1 des Havarie-Reaktors des AKW Fukushima-Daichi. Er enthält fast 10 kg Uran 235, von mindestens der gleichen Menge im Abklingbecken ist auszugehen. Pro Jahr werden 200 Gramm Plutonium erbrütet. Neben kurzlebigen Spaltprodukten wird in die Luft besonders viel Tritium abgegeben. Tritium ist radioaktiver Wasserstoff, ein Betastrahler mit einer Halbwertszeit von 12,3 Jahren. Tritium verbindet sich leicht mit Sauerstoff zu „schwerem Wasser“. Wie normales Wasser wird es von Pflanzen, Tieren und Menschen aufgenommen, in Organe und sogar in die Gene eingebaut. Dort kann es Krankheiten wie Krebs und Erbschäden auslösen.

Damit nicht wie nach Tschernobyl die Verharmloser, Vertuscher und Leugner in den durchaus nicht freien Medien und in Politik und Wissenschaft wieder die Oberhand gewinnen, ist ein sofortiger Atomausstieg nötig. Die Spenden der Atomindustrie - in den letzten zehn Jahren stolze 21 Millionen Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und GRÜNE - wirken noch: Trotz der GAUs in Japan will die Bundesregierung den Bau des in einem Erdbebengebiet liegenden brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 und das in der Türkei finanziell absichern.

Mit Sicherheitsüberprüfungen und der Gründung der Ethikkommission (ohne Beteiligung von Umweltverbänden) soll die Zeit überbrückt werden, in der die Bürger noch unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Fukushima stehen.

Richtig angepackt, kann mit dem Ausbau ungefährlicher, dezentraler und erneuerbarer Energieträger sogar die Massenarbeitslosigkeit

behalten werden. Der Industriestandort Deutschland wäre gesichert. Die Szenarien dazu haben Greenpeace und der BUND erarbeitet. Strom bräuhete nicht teurer zu werden. Nach der am 17. April 2011 veröffentlichten Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ist Strom aus Wind- und Wasserkraft heute schon günstiger als Strom aus Kohle und Atom.

Doch von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt wird im Karlsruher Institut für Technologie, einem Zusammenschluss von Universität und Kernforschungszentrum, das übrigens zur Helmholtz- Gruppe gehört,



weiter an der Entwicklung von Atomreaktoren der 4. Generation gearbeitet. Selbst in die superteure und militärisch verwendbare Fusions-technik wird weiter investiert.

Bei einem wirklichen Atomausstieg müssen Forschungsreaktoren einbezogen werden. Die letzten drei.

.....

## **Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes Mit Zwang zum Studienerfolg? Oder : Die Dysfunktionalität von repräsentativer Demokratie**

*Ein Kommentar von Franziska Brychcy*

Eigentlich haben die Bürger, wie in einer repräsentativen Demokratie üblich, ihre Volksvertreter auf Berliner Landesebene gewählt, damit sie politische Sachentscheidungen im Sinne des mutmaßlichen Gesamtwillens des Volks treffen.

Was allerdings die geplante, in vielerlei Hinsicht leider nicht sehr ambitionierte Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes anbelangt, agiert die derzeitige rot-rote Landesregierung alles andere als professionell: Trotz der mehr als 50 teilweise sehr ausführlichen Stellungnahmen von hochschulpolitischen Gremien, Verbänden und Institutionen wurde der Gesetzesentwurf kaum nachgebessert. Im Wissenschaftsausschuss im März waren sich alle eingeladenen Experten, vom Universitätspräsidenten, über Vertreter von Mittelbau und Personalrat bis hin zur Landesastenkonzferenz, den Gewerkschaften oder der IHK, einig: Der vorliegende Entwurf ist in vielerlei Hinsicht mangelhaft!

Kritik wird vor allem an der neu eingeführten Personalkategorie der „Dozenten mit Aufgabenschwerpunkt Lehre“ geübt. Der Berliner Bildungssenator Zöllner (SPD) rückt dennoch keinen Zentimeter von seinem Gesetzesentwurf ab, im Gegenteil, er macht sogar seine politische Zukunft von dem Erfolg der neuen Personalkategorie abhängig!

Auch wird von Seiten der Regierungskoalition weiter an der verpflichtenden Beratung der Studierenden festgehalten, verbunden mit der Möglichkeit, den Studierenden bestimmte Auflagen zu erteilen und im Falle einer nicht ausreichend begründeten Nichterfüllung zu exmatrikulieren. Wenngleich Entmündigungs-, Kontroll- und Sanktionsmechanismen, die oftmals ein Klima der Angst erzeugen, wie sie beispielsweise auch in der ALG II – Gesetzgebung festgeschrieben sind, von der Linken auf Bundesebene abgelehnt werden, sind die Bemühungen der Studierenden, die Berliner Landesspitze der Linken zum Umdenken zu bewegen und stattdessen ein qualifiziertes Beratungsangebot auf freiwilliger Basis zu schaffen und entsprechend auszufinanzieren, bisher gescheitert. Ebenso auf taube Ohren gestoßen ist die Kritik, dass ein flexibler Übergang vom Bachelor zum Masterstudiengang und das Angebot ausreichender Masterstudienplätze für die Studierenden gewährleistet sein muss.

Die Lebensrealität von Dozenten, Hochschulverwaltung und Studierenden, die leider sowieso permanent den massiven Fehlentwicklungen des Bologna-Prozesses unterworfen ist und die reale finanzielle Leistungsfähigkeit der Hochschulen, denn viel mehr Kosten soll die Hochschulnovelle nicht verursachen dürfen, wird von den Volksvertretern am Schreibtisch in ihren Parteibüros völlig verkannt. Vernünftige, zwischen den verschiedenen Interessenlagen der Betroffenen austarierte Konsensfindung sieht einfach anders aus! Zweifellos ist ein wichtiges und notwendiges Anliegen, die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master im Hochschulgesetz zu verankern, äußerst fragwürdig ist nur das Missverhältnis zwischen Verbesserungsanspruch der Hochschulgesetzesnovelle einerseits, z. B. die Möglichkeit des Teilzeitstudiums oder die Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte ohne Abitur, und den erheblichen Verschlechterungen der Lehr- und Studienbedingungen andererseits. Dieser Kompromiss ist für die Betroffenen aller Statusgruppen an den Hochschulen nicht akzeptabel!

Was machen nun aber Politiker, wenn die Adressaten ihrer Gesetzgebung mit derselben überhaupt nicht zufrieden sind? Sie sitzen es aus! Vielleicht würde es helfen, wenn die Volksvertreter zum Beispiel einfach mal einen einzigen Tag als Bachelor-Student mit Pflichtveranstaltungen, daneben Job und zusätzlich eventuell Familienaufgaben oder Ehrenamt verbringen würden, um die aktuell bestehende Studienrealität am eigenen Leib zu erfahren... - aber das bleibt wohl leider Wunschdenken! Eigentlich zeigt diese Idee die Sehnsucht nach Teilhabe und direkter Demokratie, dass Gesetze so ausgestaltet werden, dass zuvorderst die täglich davon Betroffenen mit ihnen zufrieden sind.

**Protestdemo am 12. Mai 2011, 16 Uhr, Pariser Platz  
Mehr Informationen unter: [www.bildungstreik-berlin.de](http://www.bildungstreik-berlin.de)**

.....

## **Wehret den Anfängen!**

**NEIN zu „Pro Deutschland“, „Die Freiheit“  
und NPD!**

*Von Pia Imhof-Speckmann*

**Am 4. März wollte sich im Rathaus Zehlendorf der Bezirksverband von Pro Deutschland gründen. Dagegen formierte sich im Vorfeld das Bündnis „Bunt und respektvoll“ von im Bezirk vertretenen Parteien und nichtparteilichen Organisationen. DIE LINKE.Steglitz-Zehlendorf ist Teil des Bündnisses und**

## beteiligte sich am Straßenfest, das am 4.3. als eine Form des Protestes stattfand.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ titelte kurz nach Veröffentlichung des Buches von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ ihren Kommentar „Kommt was von rechts?“. Dabei bezog sich das Blatt auf mögliche Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Lager und sah in Sarrazins Text die diskursive Verdichtung eines latenten Rechtspopulismus. „Pro Deutschland“ widmet sich in ebensolcher Art und Weise gesellschaftlichen Fragen und bietet einfache Lösungsmuster an. Wer die Startseite des Landesverbandes besucht, wird gleich mit reißerischer Aufmachung und einem „Nein zur Islamisierung“ begrüßt. Sowohl die allseits bekannte rechte FPÖ als auch die Partei „Vlaams Belang“ (nomen est omen) werben auf der Homepage. Im Wahlprogramm finden sich einschlägige Formulierungen (Hauptstadt der Angst, sinnlose Gewalt von Migranten in der U-Bahn, Rückbesinnung auf kulturelle Werte, Stärkung der Hochkultur (!) und des preußischen Erbes, **Grundgesetz statt Scharia**, gefordert wird ein hartes Durchgreifen der Justiz bis hin zu „selbstbewusstem Auftreten“ der Polizei). Solche Formulierungen sind hinlänglich bekannt aus allen Facetten erzkonservativ bis rechten Gedankenguts – nunmehr hoffähig gemacht durch Leute wie Sarrazin und all jenen, die sich bemühen, stets darauf hinzuweisen, er habe doch lediglich den Finger in offene Wunden gelegt und sich an der ein oder anderen Stelle ein wenig im Ton vergriffen. Ansonsten solle man ihm womöglich noch dankbar sein, dass er diesen Diskurs eröffnet habe. An dem Erstarken von Parteien wie „Pro Deutschland“ wird deutlich, wie gefährlich ein solches Herangehen und eine solche Verharmlosung ist.

Das Grundgesetz sagt in Artikel § Satz 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“. Bei der Beschäftigung mit den politischen Inhalten von „Pro

**Die Partei DIE LINKE steht für integrative Politik und gegen Ausgrenzung! Wir stehen für die Rechtsgleichheit aller BürgerInnen unabhängig von ihrer kulturellen, ethnischen und religiösen Zugehörigkeit.**

Deutschland“ stellt sich schon die Frage, inwiefern diese Partei sich noch auf dem Boden des Grundgesetzes befindet.

Am 4.3. sollte Patrik Brinkmann zum Landesvorsitzenden von „Pro Deutschland“ gewählt werden—mittlerweile ist er bereits wieder von diesem Amt zurück getreten. Bleibt zu hoffen, dass dies der Anfang vom Ende einer Partei ist, die im Deckmantel der Bürgerlichkeit und Biederkeit daherkommt, im Gepäck aber lediglich rassistisches und nationalistisches Gedankengut mit sich trägt.

\*\*\*\*\*

**Wir haben jetzt eine eigene Geschäftsstelle in der Schildhornstraße 85 a, 12163 Berlin. Wir arbeiten ehrenamtlich, unsere Sprechzeiten sind:**  
montags von 10—12 Uhr, dienstags von 16:30—18:30 Uhr und donnerstags von 15—18 Uhr, oder nach telefonischer Vereinbarung Tel. 7009641 & Mobil 017694073343

An jedem 2. Dienstag im Monat finden in der Geschäftsstelle Mitgliederversammlungen statt. Nähere Informationen und weitere Termine stehen im Internet unter: <http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

Aus dem Bezirkswahlprogramm

### Landschaftspark statt Golfplatz

DIE LINKE Steglitz Zehlendorf tritt dafür ein, das ehemalige militärische Übungsgelände in Lichterfelde Süd als Naherholungsgebiet für die Lichterfelder und Berliner Bevölkerung zu erschließen. Der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm sind dahin gehend zu ändern, dass die halboffene Weidlandschaft mit den angrenzenden Waldflächen als Grün-, Landschafts- und Waldfläche dargestellt wird. DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf will dass die Randbebauung des Gebiets jeweils städtebaulich harmonisch an die gesamte Umgebung angepasst wird. Investitionsprojekte wie die Errichtung eines abgeschotteten Golfplatzes sowie den Bau von Luxusquartieren, auf der ehemaligen „Park Range“ in unmittelbarer Nachbarschaft zur Thermometersiedlung sind weder städtebau-



Unsere KandidatInnen für die Wahlen zur BVV und die DirektkandidatInnen für die Wahlkreise für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Von links nach rechts: Mathias Bartelt, Dejan Senic, Pia Imhof-Speckmann, Matti Nedoma, Gerald Bader, Franziska Brychcy, Yilmaz Günay, Dennis Simon und Eberhard Speckmann.

Am 30. April hat DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf die Wahlbewerber für die Wahlen am 18. Sept. gewählt.

Für die BVV Liste wurden folgende Kandidaten gewählt:

1. Matti Nedoma, 22 Jahre, Student
2. Franziska Brychcy, 26 Jahre, Studentin
3. Pia Imhof-Speckmann, 47 Jahre, Sozialpädagogin
4. Gerald Bader, 44 Jahre, Sozialarbeiter und Heilpraktiker
5. Yilmaz Günay, 31 Jahre, Sozialpädagoge
6. Mathias Bartelt, 24 Jahre, Student
7. Dennis Simon, 21 Jahre, Student
8. Eberhard Speckmann, 70 Jahre, Gärtnermeister / Rentner
9. Dejan Senic, 27 Jahre, Kaufmann

Für die Wahlkreise

- WK 1 Eberhard Speckmann, 70 Jahre, Gärtnermeister / Rentner
- WK 2 Matti Nedoma, 22 Jahre, Student
- WK 3 Gerald Bader, 44 Jahre, Sozialarbeiter und Heilpraktiker
- WK 4 Franziska Brychcy, 26 Jahre, Studentin
- WK 5 Yilmaz Günay, 31 Jahre, Sozialpädagoge
- WK 6 Mathias Bartelt, 24 Jahre, Student
- WK 7 Pia Imhof-Speckmann, 47 Jahre, Sozialpädagogin

Wir werden unsere Kandidaten in den kommenden Wochen ausführlich vorstellen.